Aktenzeichen: 40 01 31 /01 – 13/19

Antragsteller: Evangelische Kirchengemeinde Friedersdorf e. V.
Projektbezeichnung: 120 Jahre Dorfmittelpunkt „Kirche Friedersdorf“

Gesamtkosten des Projektes	2.050,00	Euro
förderfähige Gesamtkosten des Projektes:	2.050,00	Euro
beantragt:		
Künstlerhonorare - Festkonzert	1.000,00	Euro
Druckkosten (Festschrift, Plakate, Flyer, Einladungen)	500,00	Euro
Ausstellungsvitrinen (Materialkosten)	300,00	Euro
Dekorationsmaterial	100,00	Euro
Blumenschmuck	150,00	Euro
Eigenmittel	205,00	Euro
Gemeinde Muldestausee	410,00	Euro
beantragte Förderung Landkreis: (Anteilsfinanzierung)	1.435,00	Euro
Entscheidungsvorschlag Verwaltung:	Zuschuss i. H. v. 1.085,00 Euro (52,93 %)	

Begründung:

Die Antragstellung erfolgte auf der Grundlage

- (1) der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kultur und Kunst im Landkreis Anhalt-Bitterfeld (Kultur- und Kunstförderrichtlinie), veröffentlicht und bekanntgegeben im Amtsblatt für den LK Anhalt-Bitterfeld am 16.06.2017 (Ausgabe 11) sowie
- (2) den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO LSA) vom 30. April 1991, in der zur Zeit gültigen Fassung

frist- und formgerecht am 18.09.2018.

Der vorzeitige Maßnahmebeginn wurde nicht beantragt. Der Durchführungszeitraum endet am 31.10.2019.

Nach erfolgter Prüfung konnte eine Doppelförderung innerhalb der Landkreisverwaltung ausgeschlossen werden.

Das Projektvorhaben ist zuwendungs- und förderfähig i. S. d. Pkt. 2.1 und 2.2 der o. g. Richtlinie. Die Zuwendungsvoraussetzungen gemäß Pkt. 3 und 4 der o. g. Richtlinie sind erfüllt.

Inhalt der Maßnahme ist die Darstellung der Geschichte der Kirche Friedersdorf durch Bilder, Bücher Dokumente mit abschließendem Festkonzert in der Kirche. Das Projekt dient der Förderung der kulturellen Betätigung der Bevölkerung des Landkreises und ist von gemeinnützigem Interesse und besonderer regionaler Bedeutung für den Landkreis.

Die Förderung des Projektvorhabens liegt somit im Interesse des Landkreises Anhalt-Bitterfeld.

In Anwendung der VV-LHO zu § 44 hat der Landkreis zu prüfen, ob die geltend gemachten Kosten angemessen sind. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung besteht indes nicht (vgl. Pkt. 1.2 der o. g. Richtlinie).

Es ergeben sich zuwendungsfähige Gesamtkosten i. H. v. 2.050,00 Euro.

Die Verwaltung schlägt vor, einen Zuschuss i. H. v. 1.085,00 Euro zu gewähren. Grund dafür ist die Kürzung der Honorarkosten um die Hälfte von 1.000,00 Euro auf 500,00 Euro. Dies war unabdingbar um die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht zu überschreiten.